



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG VOM 07. JUNI 2018 - ANLAGE 2 ZUM PROTOKOLL

TOP 2: Zwischenbilanz der Arbeit des Senats

Ergebnisse des Workshops

Industriepolitik



IHK Berlin

Industriepolitik

Industriepolitik als interdisziplinäre und ressortübergreifende Aufgabe in den politischen Strukturen abbilden und auf eine moderne Industrie ausrichten, die Fertigung und produktnahe Dienstleistungen vereint

Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) weiterentwickeln, z.B. in Bezug auf Smart City und Digitalisierung sowie durch organisatorischen Unterbau stärken

Industrie lebt von Bestand/
keine Aufholkurve

Spätkrise
Bauschule

Kommunikations-
problem

Interaktionsabwärtung
aufgrund ungenügender
Fiktion

Mangelnde Sicht-
barkeit/Unkenntnis

Ausrichtung der
unternehmenspolitischen
Gesamtrichtung am Bedarf

Industrie braucht
Einkauf-Zielformate
+ zielgerichtete
Vertriebskanäle

„Verlust des Verkaufs“
(interregionaler Fiktion
(strukturelles Verständnis))

Stimmungsbericht Industrie
m.H. Gründe aktiver
werden
(von Seiten mal besser!)

Einzelne Cluster/Strukturen
(Qualitätsmanagement/
Technikinnovationen)

Industriepolitik



Die Vollversammlungsmitglieder nehmen keine Relevanz der Industriebranche in Berlin in der Politik wahr. Selbst das industriepolitische Spitzengremium des Landes, der Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) beim Regierenden Bürgermeister, ist in der Unternehmenslandschaft nahezu unbekannt.

Die übergeordnete Senatslinie, nach der landeseigene Flächen nicht verkauft, sondern nur als Erbbaupachtgrundstücke an Unternehmen vergeben werden, stellt ein erhebliches Investitionshindernis dar – insbesondere für Industrieunternehmen. Aufgrund mangelnder Flächenreserven gibt es bereits Unternehmensabwanderungen nach Brandenburg und ins weitere Bundesgebiet.

Digitale Zugangstechnologien



IHK Berlin

Digitale Zugangstechnologien

Digitale Infrastruktur mit schnelleren und leistungsfähigeren Netzen bedarfsgerecht ausbauen.

Stabilität des Netzes verbessern!
Tages- und häufige Engpässe beseitigen!

Kommunikation
→ Da muss knifflig sein

Digitale Abwechslung von Behördengängen (Anwaltsbesuche, Terminpunkte)

Informalitäten
kommen vor allem aus Privatwirtschaft

Mit Leben füllen
Bedürfnisse beantworten

Verständnisbasis
"fehlende Definition"

Wirtschaft wird zu selten als Impuls- bzw. Kompetenzgeber behandelt

fehlende Kompetenz
Kein Umsetzung → Überforderung

Ausbaufähigkeit:
langfristig sichern!

5G Netze sind noch nicht flächendeckend

Ausbau ist zu langsam

Mobilfunk nicht ausreichend
(z.B. im Norden) → Flächendeckung
→ Übergang muss Brückenschlag sein

Umsetzungsproblem

Beim Fokus auf Digitalisierung nicht-digitale Informationstechnologien (z.B. Quantencomputer) nicht berücksichtigen

Monopolstellung
öffentl. Verkehrssysteme → keine Auslastung

Flächendeckendes
kostenloses WLAN → Tausende Haushalte

Fehlende Kompetenz bei Entscheidungsstrategien

"Entwicklungsstand"

→ steigende einkaufshäufigkeit
wird nicht mitgedacht

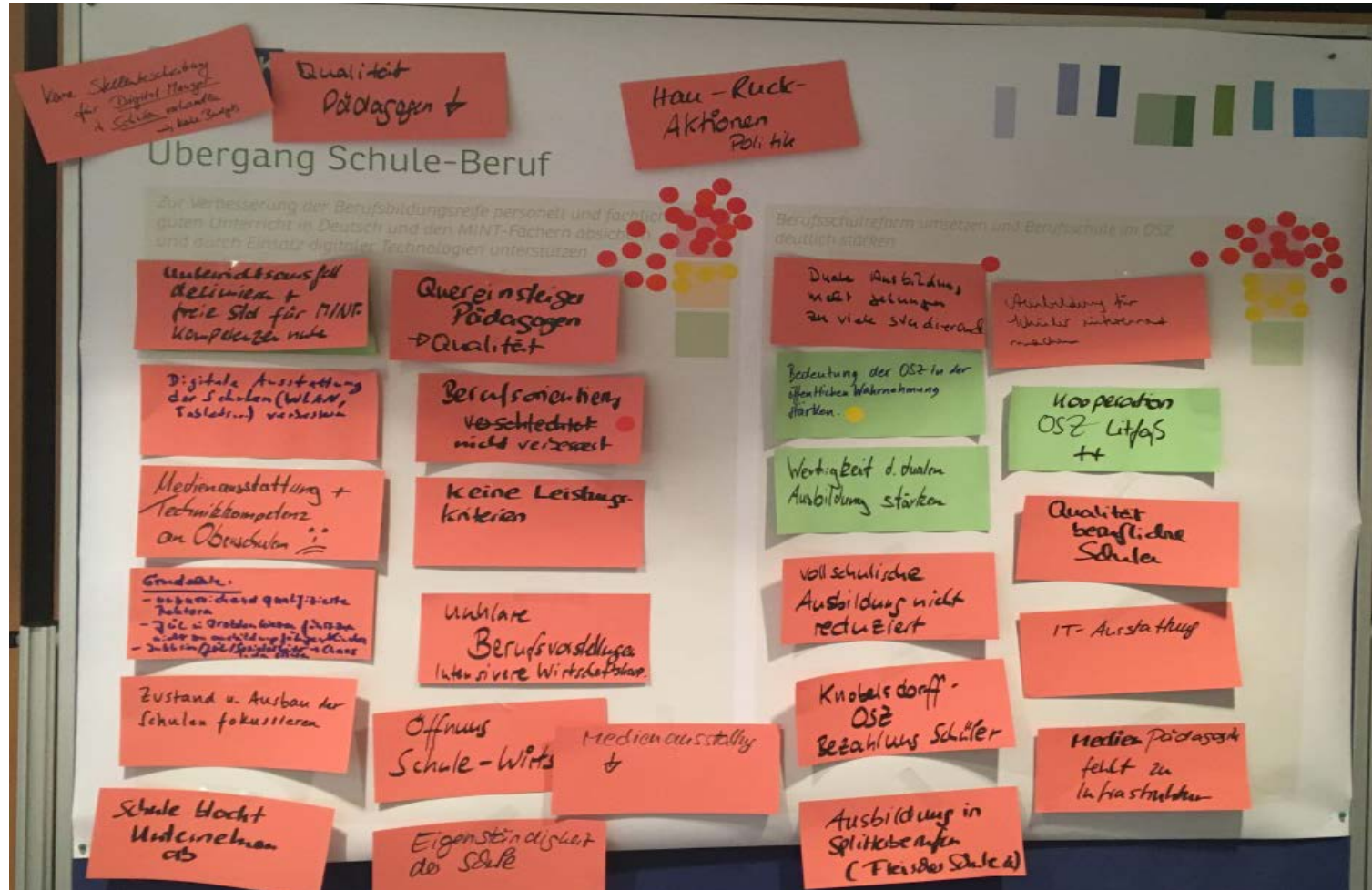
Digitale Zugangstechnologien



Aus der Sicht der Vollversammlungsmitglieder zählt die moderne digitale Infrastruktur zu einem zentralen Standortfaktor. Der Ausbau gigabitfähiger Netze wird eindeutig als zu langsam eingeschätzt. Zusätzlich wird den landes- und bundespolitischen Entscheidungsträgern die Kompetenz für die Koordinierung des zielführenden (eigenwirtschaftlich getriebenen) Ausbaus abgesprochen.

Auch das Projekt „schnelles Internet“ bindet noch zu oft große zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen. Neben der leitungsgebundenen Infrastruktur wird ein zusätzlicher Verbesserungsbedarf beim flächendeckenden und kostenlosen WLAN in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie im Stadtgebiet attestiert.

Übergang Schule - Beruf



Übergang Schule - Beruf



In der bisherigen Legislatur der rot-rot-grün-Landesregierung werden keine Verbesserungen im Bereich der allgemein-bildenden Schulen wahrgenommen: sowohl in Hinblick auf die Kompetenzen der Schulabgänger, die Berufsorientierung, als auch die Schulqualität. Bei letzterer gibt es große Bedenken, dass die ad-hoc-Maßnahmen im Umgang mit dem Lehrermangel zu weiteren Qualitätseinbußen führen. Betriebe, die mit Schulen in Kontakt treten, scheitern an den Rahmenbedingungen von Schulen, was die Kooperationen hemmt.

Immer noch ist die Berufsschule in den OSZ nicht gestärkt, Fachlehrer fehlen und zu wenige Jugendliche entscheiden sich für eine duale Ausbildung. Statt Ausbildungsunternehmen zu stärken, kritisiert man die zu geringe Ausbildungsintensität von Unternehmen und diskutiert über eine Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden.

Öffentlicher Beschäftigungssektor



IHK Berlin

Öffentlicher Beschäftigungssektor

Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken,
Wettbewerbsverzerrungen durch öffentlich geförderte Beschäftigung vermeiden

- Keine Berlin-spezifische Hindernisse über Bundes-Niveau schaffen
- Vordrängen Regularer Beschäftigung vor Minijobber
- Nicht Lohnsücker, sondern Steuerentlastung
- Max zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit
- Wohlfühl-Koordinierung - bei Scheinrenten, steht nicht im Vordergrund

- um überhaupt den Arbeitgeber'n (ab 10 M) eine Perspektive zu geben!
- gute Idee, wenn Zwang zum Anschluss
→ Anschluss kommt, dann geht abwärts und nicht in die Höhe
- Geld gegen Arbeit!
- Als Anschluss sinnvoll, aber nicht die Regel (keine Dauerbeschäftigung)
- funktioniert nur, wenn Matching läuft, ↳ individuelle Vermittlung

Öffentlicher Beschäftigungssektor



Die Bewertung des öffentlichen Beschäftigungssektors als Mittel zur Aktivierung von Langzeitarbeitslosen für den ersten Arbeitsmarkt fällt zwar unentschieden aus, aber mit einer leichten Tendenz für den Öffentlichen Beschäftigungssektor, wenn bestimmte Rahmenbedingungen (Wettbewerb, Verdrängung, Kosten) eingehalten werden.

Im Workshop unterstützt ein Teil der Vollversammlungsmitglieder grundsätzlich das Ziel des öffentlichen Beschäftigungssektors: Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen. Sie sehen in den Gegenargumenten der ersten Gruppe die Herausforderungen, die es zu überwinden gilt, um das übergeordnete Ziel zu erreichen. Ein Teil der Mitglieder spricht sich jedoch gegen diese Art der Arbeitsmarktpolitik aus. Diese Gruppe glaubt grundsätzlich nicht an den Wirkungsmechanismus. Zudem sei die Maßnahme teuer und führt im ungünstigsten Fall zu Wettbewerbsverzerrungen und der Verdrängung regulärer Beschäftigung.

Investitionspolitik/Vergaberecht



IHK Berlin

Investitionspolitik

Investitionsquote schrittweise auf Bundesschnitt erhöhen

- Wenn gerade Geld da ist, muss es sinnvoll investiert werden
- Wird Investition
- Geld allein hilft nicht → Umsetzung notwendig
- Sehr starke Erhöhung der Mittel für Straßen, Schulen
- Investition
- Personal fehlt, um zu investieren

Wenn die Rekommunalisierungseinstellungen des Landes Berlin kritisch überprüfen

- Es gibt immer mehr Landesleistungen, die in die Kommunen gehen (z.B. Kita, Feuerwehr)
- Geplante Übernahme Energienetze problematisch
- Vorhaben bedenklich für gewerbliche Politik
- Land verpflichtet

Vergaberecht

Schuldentilgung konsequent fortsetzen – auch in Niedrigzinsphasen

- Kein Schuldentilgungsausschluss
- Berlins Schulden sind zu 80% vom Bund (=Landesbank) befristet. Man darf die dortigen Länder verlassen!
- Angesichts des Haushaltsüberschusses zu wenig für Schuldentilgung
- in Niedrigzinszeiten mit Finanzsorgen

Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz unter Berücksichtigung der Ergebnisse der durchgeführten Evaluation überarbeiten und deren Einhaltung stärker kontrollieren

- Vergaberecht Berlin
- INNOVATIONSPARTNER SCHAFFEN UNTER POTENTIAL
- Neuauflage des Vergabegesetzes

Für eine aufkommensneutrale Umsetzung einer Grundsteuerreform auf Bundes- und Landesebene eintreten

- Grundsteuerreform muss aufgeht
- Gründl. Bekämpfung von Energieverschwendung
- Gründl. Flächennutzungsänderungen

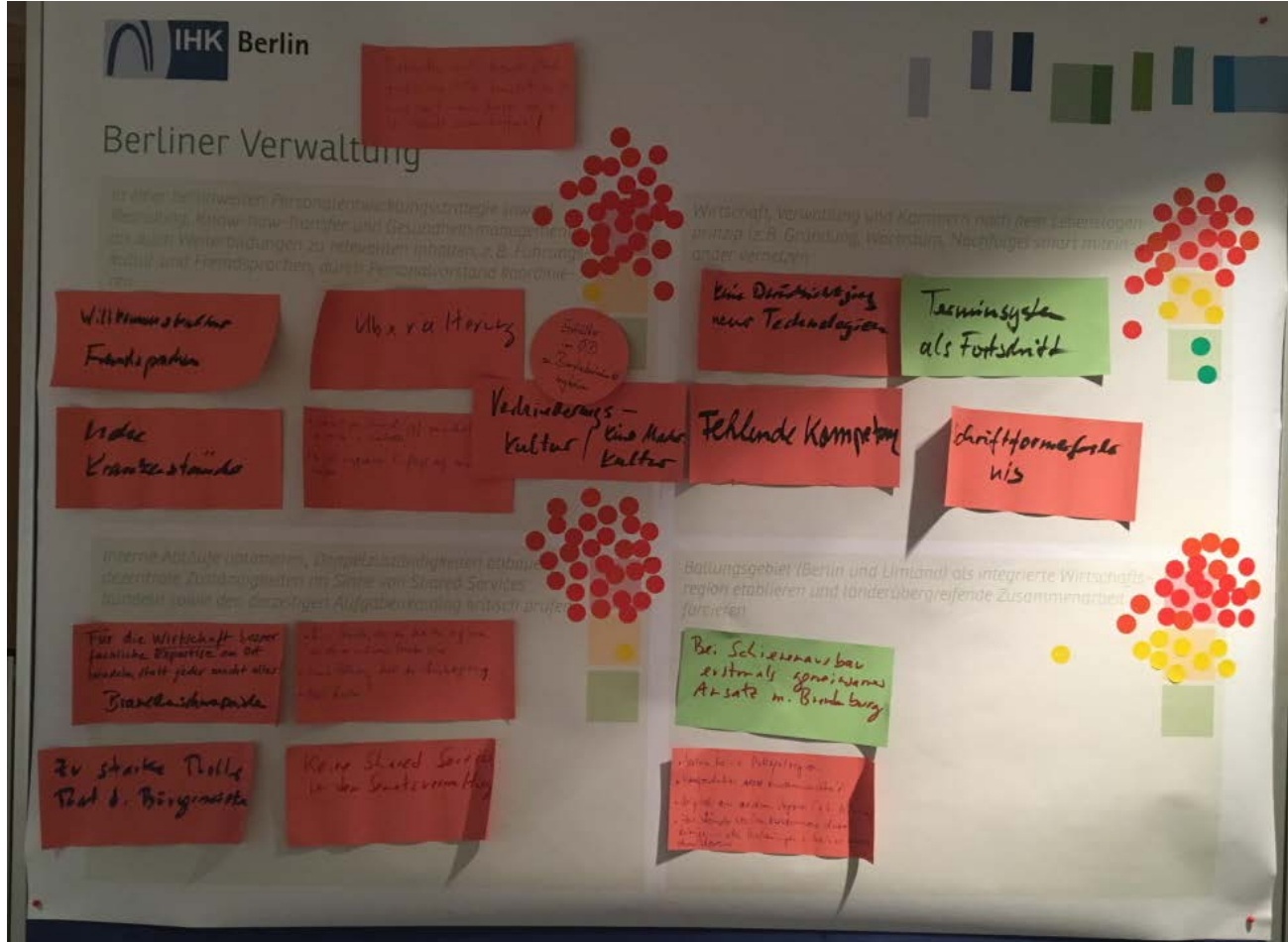
Investitionspolitik/Vergaberecht



Trotz hoher Steuereinnahmen und positivem Finanzierungssaldo ist der Investitionsbedarf in der Hauptstadt gewaltig. Berlin ist bundesweites Schlusslicht bei den öffentlichen Investitionsausgaben. Die Investitions-Rücklagen in SIWANA haben mittlerweile die 3 Mrd. Euro-Grenze geknackt. Aus Sicht der Unternehmen müssen die Investitionsmittel sinnvoll und umgehend verausgabt werden.

Das Vergaberecht ist ein geeignetes Mittel, um Investitionen zügig anzutreiben. Dafür muss es jedoch gelockert und von sachfremden Kriterien entlastet werden.

Berliner Verwaltung



Berliner Verwaltung



Das Spardiktat der vergangenen Jahre und fehlende Investitionen haben die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Stadtverwaltung nachhaltig beschädigt.

Die Mitglieder der Vollversammlung glauben, dass die Mitarbeiter besser seien als ihr Ruf. Das Problem wird in mangelhaften Strukturen gesehen, z. B. im unterentwickelten digitalen Angebot im Service-Portal, in überflüssigen Schriftformerfordernissen, fehlenden Weiterbildungsinitiativen, die bspw. Fremdsprachenkenntnisse fördern oder beim unzureichenden Gesundheitsmanagement, das hohe Krankenstände verursache.

Verkehrsinfrastruktur/Luftreinhaltung



IHK Berlin

Verkehrsinfrastruktur

Verkehrskonzept für die Stadt entwickeln und mit Brandenburg abstimmen – neue Wohn- und Gewerbegebiete anbinden

Nachhaltige Werterhaltung bestehender Verkehrsinfrastruktur, insbesondere bei Brücken und Straßen sicherstellen

Wirtschaftsverkehrskonzept erstellen und umsetzen, Lieferzonen von Falschparkern freihalten, Parkraumbewirtschaftung einheitlich steuern

Luftreinhaltung

Wichtige Berliner Verkehrsinfrastrukturprojekte umsetzen, z. B. 17. Bauabschnitt der A100 oder Tangentialverbindung Ost, länderübergreifende Projekte voranbringen

Auf intelligente Verkehrslenkung und Anreize für eine Nutzung des Umweltverbands zur Luftreinhaltung und Lärminderung setzen, Fahrverbote vermeiden

Dauer, Koordination und Kommunikation von Baustellen professionalisieren

Handelsabstimmung

Dauerproblem V6B

STADT BERTLIN

Verkehrsminister

Erste Anlaufstelle für die Stadt

Tempo 100 Leipzig

Verkehrsminister

Förderung Radfahrer +

Planung und Umsetzung

Wichtige Berliner Verkehrsinfrastrukturprojekte

Auf intelligente Verkehrslenkung

Wirtschaftsverkehrskonzept

Rahmenbedingungen für große und schwere Transporte

Dauer, Koordination und Kommunikation

Handelsabstimmung

Dauerproblem V6B

STADT BERTLIN

Verkehrsminister

Erste Anlaufstelle für die Stadt

Tempo 100 Leipzig

Verkehrsminister

Förderung Radfahrer +

Planung und Umsetzung

Wichtige Berliner Verkehrsinfrastrukturprojekte

Auf intelligente Verkehrslenkung

Wirtschaftsverkehrskonzept

Rahmenbedingungen für große und schwere Transporte

Dauer, Koordination und Kommunikation

Handelsabstimmung

Dauerproblem V6B

Verkehrsinfrastruktur/Luftreinhaltung



Angesichts der großen Herausforderungen und begrenzten Kapazitäten fehlt aus der Sicht der Vollversammlungsmitglieder die klare Fokussierung auf Maßnahmen zur Erhaltung und Ergänzung der Infrastruktur und des Verkehrsangebotes, damit die Mobilität in Berlin gesichert werden kann. Positiv werden die Ansätze gemeinsamer Verkehrsplanungen zwischen Berlin und Brandenburg bewertet.

Um die gestiegenen Anforderungen an die Luftreinhaltung zu erfüllen, soll auf intelligente Verkehrslenkung, Wasserstoff als Energieträger sowie Anreize für die ÖV-Nutzung gesetzt werden.

Energiewende

IHK Berlin

Energiewende

Energiewende mit effizienten Organisationsstrukturen vorantreiben, in denen private und öffentliche Partner gemeinsam das Projekt „Klimaneutrales Berlin 2050“ realisieren

Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms durch einen mit der Wirtschaft und allen Verwaltungen abgestimmten Aktionsplan starten

Zielgruppengerechte Informations- und Unterstützungsangebote für Energieeffizienz schaffen, insbesondere zur energetischen Gebäudesanierung

Öffentliche Gebäudesanieren, um der Vorbildrolle der öffentlichen Hand gerecht zu werden

Handwritten notes and stickers:

- keine Plattformen, keine Angebote durch Politik
- keine Projekte (Stromnetz)
- Kein Plan für Umsetzung BEK
- keine Plattformen
- (EUREF)
- Umweltwechsel Stadt Espen
- keine vorhanden
- Schul-Schieß.
- Schul-Services (Tischtennis)
- keine Festlegung
- Häuserbau separat

Energiewende



Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm ist mittlerweile verabschiedet, Geld organisiert, ein Umsetzungskonzept in Erarbeitung. Allerdings fehlen aus der Sicht der Vollversammlungsmitglieder Strukturen für eine effektive Koordination und Steuerung des Gesamtprojektes und konkrete und spezifisch zugeschnittene Informations- und Anreizangebote.

Auch offensichtliche Konflikte zwischen Klimaschutz sowie Denkmal-, Milieu- und Umweltschutz werden politisch nicht gelöst.

Gewerbeflächen/Neubaupolitik/Messepolitik

IHK Berlin

Gewerbeflächen

Gesamtkonzept für die Industrie- und Innovationsstandorte von morgen erstellen und umsetzen – neuen Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe erarbeiten

Gewerbeflächeninformationssystem starten und Flächenmonitoring einrichten

Nachnutzung für TXL als Forschungs- und Industriepark umsetzen – im neuen Wohnquartier die dort erarbeiteten Smart Solutions anwenden

Konzept für innerstädtische Gewerbeflächenangebote für die Kreativwirtschaft erarbeiten

Handwritten notes on sticky notes:

- Leistungsfähige Gewerbe- und Industriestandorte
- Ex-pact branden
- Belastung Grundstück
- Gewerbegebiet wieder schön machen ist durch Wohnbau bedroht.
- Flächen für produktives Gewerbe
- TXL als Flugschiff-Offizier!
- Kanal A sieht für Kreativ...
- Bezahlbare Kreativität - nicht nur für Gewerbe

Gewerbeflächen/Neubaupolitik/Messepolitik



IHK Berlin

Neubaupolitik

Handwritten notes on the left side of the 'Neubaupolitik' section:

- Basierend auf...
- Handwritten note: "Bauschutz wird eher weicher verschärft"
- Handwritten note: "Bauschutz auf nur vier bis fünf Jahren setzen"
- Handwritten note: "Kürze Bearbeitungszeiten gewerbliche Bauanträge gewährleisten"
- Handwritten note: "Wahre Mehrheit der Bauanträge im öffentlichen Raum"
- Handwritten note: "Doppelvergabe App-Bau"
- Handwritten note: "Handwritten note about planning and construction"

Messepolitik

Handwritten notes on the right side of the 'Messepolitik' section:

- Handwritten note: "ICC!"
- Handwritten note: "ICC Revision für Umland-Probleme"
- Handwritten note: "ICC"
- Handwritten note: "Handwritten note about international presence of Berlin"
- Handwritten note: "Handwritten note about Berlin-Brandenburg events"
- Handwritten note: "Handwritten note about international presence of Berlin"
- Handwritten note: "Handwritten note about Berlin-Brandenburg events"
- Handwritten note: "Handwritten note about international presence of Berlin"

Gewerbeflächen/Neubaupolitik



Die Bewertung des Regierungshandelns der rot-rot-grünen Landesregierung für die Bereiche Neubaupolitik und Gewerbeflächen fällt durchweg negativ aus. Anstatt die baurechtlichen Vorgaben zu vereinfachen, wurden sie weiter verschärft. Unter dem Strich wird es am freien Markt in Berlin schwieriger Wohnungen zu bauen.

Die Prioritäten des Sentas liegen ganz klar auf der Bestandssicherung. Neubaupotenziale in der Nachverdichtung sowie im Hochhausbau bleiben weiter ungenutzt. Die zunehmende Gewerbeflächenknappheit bereitet den Unternehmen Sorge. Ein Ausbau des Angebots würde auch hier preisdämpfend wirken.

Messepolitik



Die Berliner Messepolitik soll mit besonderem Nachdruck auf den Ausbau der Kapazitäten im Segment der Großkongresse mit einer Kapazität ab fünftausend Teilnehmern hinarbeiten. Dabei steht die Entwicklung des ICC besonders im Fokus.

Die Vollversammlungsmitglieder begrüßen den gemeinsamen Messeauftritt der Hauptstadtregion Berlin und Brandenburg. Dieser ist jedoch einer besseren Systematik mit dem Ziel der Effizienzsteigerung zu unterziehen. Als durchaus befriedigend wird die bisherige Präsenz der Berliner Politik auf internationalen Messeveranstaltungen bewertet.